

Protokoll

über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages am Montag, 28. Februar 2022 im Großer Sitzungssaal, Bischof-Janssen-Str. 31, Hildesheim

Anwesend: Landrat Bernd Lynack sowie

Mitglieder der SPD-Fraktion

Arlt, Andreas
Bellgardt, Heike
Bötjer, Pia
Brede, Christel
Brinkmann, Bernhard
Dubil, Andrea
Ehrig, Marc
Flohr, Simone
Friedemann, Waltraud
Gabel, Friedhelm
Hauk, Martin
Hillberg, Antonia
Hodur, Karl-Heinz
Homeister, Egbert
Konstantopoulos, Georgios
Kubat, Pascal
Preissner, Werner
Prell, Andrea
Schmidt, Siegfried
Siekiera, Iris
Sundermeyer, Tobias
Witt, Evelyn

Mitglieder der CDU-Fraktion

Bertram, Ute
Bettels, Dirk
Bosse-Arbogast, Michael
Dr. Bruns, Thomas
Ceglarek, André
Flegel, Bernhard
Gerhardy, Clemens
Grabow, Thomas
Herbst, Ramon
Hopmann, Laura
Dr. Janzen, constantin
Koschorrek, Andreas
Lüder, Justus
Machtens, Heinrich
Prior, Friedhelm
Renner-Köhne, Katy
Schiedeck, Carsten
Sprengler, Katharina
Teltemann, Josef

Mitglieder Fraktion BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN

Diefenbach, Peter

Domning, Ekkehard

Ellerhoff, Johanna

Lipecki, Nina

Ludäscher, Caroline

Pach, Sabrina

Schröter-Mallohn, Holger

Dr. Schütte, Holger

Dr. Weber, Susanne

Zürner, René

AfD-Fraktion

Esse, Manfred

Grugelke, Claus

Meyer, Hans Martin

Die Partei

Hirbod, Hamun

Fraktion Die Unabhängigen

Offen, Klaus
Schulz, Wolfgang
Stuke, Josef

GUT für Sarstedt

Warneke, Dirk

FDP-Fraktion

Dr. Fell, Bernd
Dr. Jacobs, Henrik
Lege, Christian

Fraktion DIE LINKE.

Sturm, Joachim
Walla, Fabian

Fraktionsgeschäftsführerinnen/Fraktionsgeschäftsführer

SPD-Fraktion	-	Frank Hasse
CDU-Fraktion	-	Christin Becker
AfD-Fraktion	-	Norbert Hüter
Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	-	Klaus Schaefer
Die Unabhängigen	-	Anja Wucherpfennig
FDP-Fraktion	-	Melanie Partyka
Fraktion DIE LINKE.	-	Walla, Fabian

von der Verwaltung:

Evelin Wißmann - Erste Kreisrätin
Leitung Dezernat II

Klaus Rosemann - Leitung Dezernat 1

Walter Hansen - Kreisrat
Leitung Dezernat 3

Benjamin Knollmann - Leitung Dezernat 4

Katina Bruns - Gleichstellungsbeauftragte
Ulrich Voß - stellv. Leitung 910
Birgit Wilken - Pressestelle
Martina Schußmann - 904, Protokollführung

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:04 Uhr

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 1.1. Hilfe für Menschen aus der Ukraine
- Antrag 57/XIX
2. Genehmigung der Protokolle vom 18.11.21 und 09.12.2021
3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlicher Sitzung des Kreistages
4. Bericht über wichtige Beschlüsse aus Kreisausschuss
5. Einwohnerfragestunde
6. Aktuelle Stunde
7. Bericht zur aktuellen Corona-Situation
8. Sonderregelung für epidemische Lagen - Anwendbarkeit des § 182 Abs. 2 NKomVG
- Vorlage 118/XIX

- 8.1. Sonderregelung für epidemische Lagen -
Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2022
- Antrag 53/XIX
- 9. Zuwendungen an die Fraktionen nach § 57 Abs. 3 NKomVG
- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2022
- Antrag 30/XIX
- 9.1. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des Kreistages des Landkreises Hildesheim
- Vorlage 100/XIX
- 9.2. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des Kreistages des Landkreises Hildesheim (zuletzt geändert durch Beschluss des Kreistages vom 09.12.2021);
Bezug: Unser Antrag vom 12.01.2022
- Antrag der CDU-Fraktion vom 16.02.2022
- Antrag 48/XIX
- 10. Sparkassenzweckverband Hildesheim Goslar Peine;
Änderung der Satzung der Sparkasse Hildesheim Goslar Peine
- Vorlage 84/XIX
- 11. Hildesheimer Pflegekonferenz 2022 und Ergebnisse der letzten örtlichen Pflegekonferenz
- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2022
- Antrag 33/XIX
- 11.1. Pflegekonferenzen des Landkreises Hildesheim
- Vorlage 120/XIX
- 12. Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Hildesheim Region mbH
- Vorlage 106/XIX

13. Trägerversammlung des Jobcenters Hildesheim - Nachbenennung von Stellvertreter*innen
- Vorlage 90/XIX
14. Antrag zum TOP "Bildungsregion Hildesheim"
- Antrag der Gruppe vom 14.02.2022
- Antrag 47/XIX
15. ÖPNV und Schülerbeförderung
- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2022
- Antrag 32/XIX
- 15.1. Vergünstigte Beförderung von Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden -
Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2022
- Antrag 54/XIX
16. Planung berufsbildende Schulen; Walter-Gropius-Schule, Herman-Nohl-Schule und Werner-von-Siemens-Schule -
Antrag der CDU-Fraktion
- Antrag 45/XIX
17. Volkshochschule
- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2022
- Antrag 35/XIX
- 17.1. Volkshochschule Hildesheim Schulungsräume Sarstedt -
Antrag der CDU-Fraktion vom 21.02.2022
- Antrag 51/XIX
18. Vision Zero, Gesamtplan Verkehrssicherheit für den Landkreis Hildesheim -
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.02.2022

- Antrag 44/XIX
- 18.1. Vision Zero, Gesamtplan Verkehrssicherheit für den Landkreis Hildesheim -
Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2022
- Antrag 55/XIX
- 19. Wahl der Kreisjägermeisterin/des Kreisjägermeisters und der Vertretung der Jäger*innen im Jagdbeirat
- Vorlage 88/XIX
- 20. Satzung zur Aufhebung der Jagdsteuersatzung für den Landkreis Hildesheim -
Antrag der Fraktion CDU vom 11.01.2022
- Antrag 26/XIX
- 20.1. Antrag auf Reduzierung der Jagdsteuer
- Antrag der Unabhängigen vom 24.02.2022
- Antrag 52/XIX
- 21. Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Senats für Flurbereinigung
(Flurbereinigungsgericht) beim Nds. Oberverwaltungsgericht
- Vorlage 113/XIX
- 22. Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Nds. Oberverwaltungsgericht
für die Amtsperiode vom 27.04.2022 bis 26.04.2027
- Vorlage 114/XIX
- 23. Kunst- und Kulturpreis
- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2022
- Antrag 36/XIX
- 24. Spenden

- 24.1. Annahme, Einwerbung und Vermittlung von Spenden, Schenkungen u. a. Zuwendungen
- Vorlage 72/XIX
- 24.2. Annahme, Einwerbung und Vermittlung von Spenden, Schenkungen u. a. Zuwendungen
- Vorlage 115/XIX
- 25. Mitteilungen der Verwaltung
- 26. Anfragen

Ergebnis der Sitzung:

Der Vorsitzende KTA Brinkmann begrüßt alle anwesende KTA's, alle Vertreter der Verwaltung und die Gasthörer im Saal sowie an den Bildschirmen, ebenso wie die anwesende Presse. Er weist auf die besondere Situation hin, unter der diese Kreistagssitzung stattfindet. Der Beginn des Krieges in der Ukraine stellt diese Kreistagssitzung in ein besonderes Licht. Alle Fraktionen haben vor Beginn dieser Sitzung einen Antrag und eine Resolution zu diesem Thema eingebracht. Ebenfalls übermittelt er die besten Genesungswünsche an den erkrankten Landrat.

TOP 1:

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

KTA Brinkmann stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Der neue TOP 7 soll im Einvernehmen aller Fraktionen auf die TO genommen werden. Somit rücken alle anderen TOP einen Punkt nach unten.

KTA Prior beantragt Änderungen in der TO. So seien die TOP's 8, 11,16,17 verzichtbar, TOP 18 soll an den Fachausschuss zurückgewiesen werden.

KTA Schröter-Mallohn beantragt die Absetzung des TOP 14.

KTA Brinkmann lässt über die Anträge und die nun aktuelle TO abstimmen.

-einstimmig-

TOP 1.1:

Hilfe für Menschen aus der Ukraine

- Antrag 57/XIX

- einstimmig beschlossen -

TOP 2:

Genehmigung der Protokolle vom 18.11.21 und 09.12.2021

KTA Brinkmann gibt eine Änderung in dem Protokoll vom 18.11.2021 bekannt. So muss unter TOP 12 die Vertretung bei den Überlandwerken geändert werden. Nicht KTA Friedemann, sondern KTA Bosse-Arbogast, wird in den Aufsichtsrat entsandt.

Dies wird von der Protokollführung geändert.

- mit Änderungen beschlossen -

Die EKR Frau Wißmann nimmt Ehrungen zu zwei runden Geburtstagen vor. So wird KTA Arlt zum 60. Geburtstag gratuliert und mit einer kleinen Aufmerksamkeit geehrt. Er nimmt die Glückwünsche online entgegen und bedankt sich recht herzlich. KTA Machtens ist der zweite Geehrte. Ihm wird von der EKR Frau Wißmann persönlich zum 60. Geburtstag gratuliert und auch ihm wird eine kleine Aufmerksamkeit übergeben. Auch den Finanzdezernenten Herrn Rosemann und Dezernent Herrn Knollmann wird nachträglich zum Geburtstag vom KTA Brinkmann im Namen des gesamten Kreistages gratuliert.

TOP 3:

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlicher Sitzung des Kreistages

EKR Wißmann berichtet über den letzten Kreistag in seinem nicht öffentlichen Teil. Dort ist ein Beschluss bezüglich des Vorkaufsrechtes des Grundstückes der Harzwasserwerke in der Sache Michelsenschule gefasst worden. Hierbei ging es darum, dass die Stadt Hildesheim darum gebeten wurde, das Vorkaufsrecht nicht auszuüben, Des Weiteren wurde die Verwaltung angewiesen, die weitere Entwicklung des Verkaufsvorhabens der Harzwasserwerke intensiv zu beobachten und insbesondere wirtschaftliche vorteilhafte Gelegenheiten im Zusammenhang mit diesem Grundstück im Blick zu behalten. Ebenfalls wurde die Verwaltung angewiesen, die Politik, den Kreisausschuss und den Kreistag über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden zu halten.

TOP 4:

Bericht über wichtige Beschlüsse aus Kreisausschuss

EKR Wißmann berichtet über einige Beschlüsse aus der letzten Kreisausschusssitzung. In Abstimmung mit Frau Dr. Hüppe, wird bekannt gegeben werden, dass das Disziplinarverfahren gegen Frau Dr. Hüppe eingestellt wurde.

Auch gab es mehrere weiterführende Beschlüsse zum Hochwasserschutz. So ist die Ingenieurleistung für das Hochwasserrückhaltebecken Bornhausen vergeben worden. Die Ingenieur- und Planungsleistung für die Objektplanung und spätere Bauausführung des Hochwasserrückhaltebeckens in Hohenrode und ebenfalls für die Ingenieur- und Planungsleistung für das Becken in Henneckenrode sind vergeben worden.

Einen weiteren Beschluss gab es im kulturellen Bereich. Hier handelt es sich um das Projekt „Landzwitchern“, in dem es darum geht, Kulturbeauftragte in den Kommunen zu gewinnen. Dieses Projekt wird vom Land mit einem Betrag von 7.500,00 € unterstützt.

Letztlich wurde noch der Beschluss bezüglich des Neubaus des Radweges an der K 210 zwischen der B 1 und Dingelbe gefasst.

TOP 5:

Einwohnerfragestunde

Der Einwohner Herr Heeke ist der Sitzung online zugeschaltet und beabsichtigt, seine Frage zu stellen. Auf Grund von technischen Problemen ist er im Saal nicht zu hören und wird vom Vorsitzenden KTA Brinkmann gebeten, seine Frage schriftlich an die Verwaltung zu stellen.

Die Frage und die Beantwortung sind diesem Protokoll im Original beigelegt.

TOP 6:

Aktuelle Stunde

Wurde nicht beantragt.

TOP 7:

Hilfe für die Menschen der Ukraine

-Antrag 057/XIX

KTA Preissner spricht im Namen aller Antragsteller und verurteilt den Einmarsch in die Ukraine auf das Schärfste. Russland bricht damit das Völkerrecht und die elementarsten Grundsätze der Vereinten Nationen. Die Gedanken dieses Gremiums sind bei allen unschuldig betroffenen Menschen, ebenso wie die Hoffnung, diesem grausamen Handeln ein schnelles Ende zu bereiten. Wie weltweit so ist auch am gestrigen Tage in Hildesheim gegen diesen Krieg demonstriert worden. Viele Vertreter dieses Kreistages waren gestern auf der Lilie in Hildesheim dabei. Die zu erwartende Flüchtlingswelle muss zur Aufnahme von Frauen und Kindern in unseren Städten und Gemeinden organisiert werden. Daher wurde fraktionsübergreifend für die heutige Kreistagssitzung eine Resolution erstellt und eingebracht. Dieser Antrag soll bis auf weiteres in allen Fach- und Kreisausschüssen sowie allen Kreistagen auf die TO gebracht werden.

EKR Wißmann bedankt sich aus der Sicht der Verwaltung für diesen Antrag. In diesem Fall muss die Politik mit der Verwaltung sehr eng zum Wohle der geflüchteten Menschen zusammenarbeiten. Die Verwaltung ist diesbezüglich auch schon tätig geworden. Es ist vom Innenminister eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden. Es wurde diskutiert, dass die geflüchteten Menschen nicht über den Asylweg gehen müssen, also kein Asylbewerberverfahren durchzuführen ist, sondern dass diese Menschen als Vertriebene aus einem Kriegsgebiet anerkannt werden. Geplant sei eine zentrale Aufnahme dieser Menschen um sie dann auf die Landkreise zu verteilen. Die Besonderheit nach § 24 ist, dass diese Menschen keinen Anspruch auf Asylbewerberleistungen haben, sondern gleich ins SGB II gehen. Auch im Jobcenter ist man vorbereitet, diese Menschen aufzunehmen und auch schnell mit SGB II Leistungen zu versorgen. Eine Abstimmung mit den Kommunen zur Unterbringung dieser Menschen ist erfolgt und der Landkreis Hildesheim erlebt eine Welle der Hilfsbereitschaft aus der Bevölkerung. Diese Hilfsbereitschaft muss aber von der Verwaltung in koordinierte Bahnen gelenkt werden.

KTA Prior führt aus, dass diese Ereignisse in der Ukraine von einigen Wochen noch nicht denkbar waren und somit ein Zusammenhalt aller Demokraten und Regierungen voraussetzt. Er begrüßt die parteiübergreifende Zusammenarbeit in diesem Punkt. Es sei aber nicht mit dem Verfassen einer Resolution getan; hier müssen weitgreifende konkrete Beschlüsse gefasst und ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ein Haushaltsansatz muss dringend gebildet werden und das Thema muss dringend in allen Ausschüssen behandelt werden.

KTA Meyer begrüßt den parteiübergreifenden Antrag ebenso wie die Resolution. Seine Fraktion wird diesem Antrag trotz allem nicht zustimmen; dies hat aber einzig den Grund, dass die Zustellung per Mail zu spät eingetroffen sei und somit nicht ausreichend gelesen und in seiner Fraktion diskutiert werden konnte. Seine Fraktion wird sich bei der Abstimmung enthalten.

KTA Schröter-Mallohn stellt nochmals die Bedeutung und den Inhalt des Antrages klar.

KTA Brinkmann lässt über den Antrag abstimmen.

-einstimmig-

TOP 8:

Bericht zur aktuellen Corona-Situation

EKR Wißmann berichtet an Stelle des erkrankten Landrates folgendes:

In der vergangenen Woche hat sich gezeigt, dass es Ereignisse gibt, neben denen sogar die immer noch bedrückende Coronalage verblasst: Die Bilder aus der Ukraine bekommt niemand von uns mehr aus dem Kopf, wir blicken derzeit fassungslos Richtung Osten.

Wie Sie wissen, unterstützt unter anderem die Bundeswehr das Gesundheitsamt seit dem 10. Januar bei der Bearbeitung der Coronafälle im Landkreis Hildesheim. Bis vergangene Woche waren 14 Soldaten und Soldatinnen im Rahmen der Amtshilfe in der Kontaktnachverfolgung tätig. Am vergangenen Freitag hat uns der Leiter des Kreisverbindungskommandos Hildesheim, Oberstleutnant Müller-Daniel, darüber informiert, dass die Bundeswehr auf die veränderte Sicherheitslage in Europa reagiert und ihren Schwerpunkt auf den Kernauftrag der Bundeswehr, die Landes-/Bündnisverteidigung sowie den Heimatschutz, zurückführen muss. Aus diesem Grund wird ab sofort bis zum 17. März nur noch die Hälfte der bisherigen Kräfte das Gesundheitsamt bei seiner Arbeit unterstützen. Danach wird der Hilfeleistungseinsatz der Bundeswehr vollständig beendet werden. Ein Folgeantrag für eine weitere Unterstützung ist gegenwärtig also nicht in der Diskussion. Um es deutlich zu machen: Die Bundeswehr möchte helfen, hat durch die veränderte Lage aber nur noch begrenzte Kapazitäten dafür. Wir bleiben mit der Bundeswehr und unserem Verbindungsoffizier Oberstleutnant Müller-Daniel im Gespräch, wie es weitergeht. Wir können absolut nachvollziehen, dass die Bundeswehr der geänderten Situation Rechnung tragen muss, und wir froh und dankbar für die Hilfe sind, die uns zuteil geworden ist und uns trotz der angespannten Lage noch einige Zeit zuteil bleiben wird. Sie als Kreistagsabgeordnete werden um Verständnis gebeten, dass angesichts der neuen Entwicklungen die Bugwelle an noch abzuarbeitenden Coronafällen im Gesundheitsamt vorerst langsamer abuarbeiten ist, als erhofft.

Neben den normalen Impfangeboten in den stationären Einrichtungen und den mobilen Teams gibt es hier auch den Hinweis auf den Impfstoff Novavax. Hierzu gibt es ein Impfwochenende am 06.03. – 08.03.22 und bereits rund 300 Personen auf der Warteliste. Geplant ist eine Öffnung am 06.03.22 in Hildesheim-Tüpkers, Alfeld und Sarstedt von 9 -12 Uhr und am 07. Und 08.03.22 innerhalb der normalen Öffnungszeiten an den drei Impfstellen. Der Landkreis Hildesheim hat am heutigen Tage 1400 Dosen des Impfstoffes Novavax erhalten.

KTA Dr. Jacobs dankt für die Darstellung der aktuellen Coronalage. Er trägt aus eigener familiärer Erfahrung die Unerreichbarkeit des Gesundheitsamtes vor und bemängelt diese. Er bedauert den Abzug der Bundeswehr und fragt nach evtl. Ersatz um das Gesundheitsamt personell bei der aktuellen Lage ausstatten zu können.

EKR Wißmann antwortet direkt auf die zuvor gestellte Frage. Die Verwaltung weiß um die Problematik der Erreichbarkeit des Gesundheitsamtes. Dies ist der Masse an Erkrankungen und Nachverfolgungen geschuldet. Dafür stehen den Bürgern aber die Informationen auf der Internetseite des Landkreises zur Verfügung. Die personelle Nachsteuerung ein Problem, denn wenn sich von Außerhalb kein Personal verpflichten lässt, dann muss sich die Verwaltung überlegen, welche Aufgaben sie liegen lässt.

KTA Prior stimmt den Ausführungen der EKR Wißmann zu und die zu diesem Thema über lange Zeit geleistete Arbeit der Verwaltung sei beispielhaft. Gleichwohl sei aber zu bedenken, dass viele Mitbürger*innen von der Entwicklung überrollt werden und nicht mehr mitkommen. Für Menschen ohne Internetanschluss ist es sehr schwer, sich zu informieren. Es sollen doch alle Gruppen der Gesellschaft informiert werden können.

KTA Spengler nimmt auf den Punkt Personal Stellung. Sie schlägt vor, ob es möglich wäre aus den Wohlfahrtsverbänden wie z. B. der Caritas aus den jeweiligen Verwaltungen jeweils 1 – 2 Personen abzustellen und im Gesundheitsamt einzusetzen.

KTA Jacobs findet die Diskussion ein wenig „dünn“. Er vermisst genaue Anweisungen für das richtige Verhalten von Erkrankten etc. Er ist der Meinung, die Verwaltung arbeitet träge und lahm.

EKR Wißmann antwortet direkt auf den Vorwurf von KTA Jacobs, Sie hat Verständnis für seine familiäre Situation, aber die Verwaltung ist durchaus auf der Höhe der Zeit. Das Personal im Gesundheitsamt arbeitet seit Monaten am Limit und leistet zum Teil auch noch am Wochenende seinen Beitrag. Es gibt überhaupt keinerlei Kritik an der Arbeitsweise der Mitarbeiter im Gesundheitsamt zu üben. Sie schlägt KTA Jacobs vor, sich vor Ort einen Einblick in die Situation zu verschaffen.

KTA Schröter-Mallohn steht dem KTA Jacobs durchaus das Recht zu, Kritik an der Erreichbarkeit des Gesundheitsamtes zu üben. Wir müssen uns aber auch in Zukunft darauf einstellen, dass die Personalsituation des Gesundheitsamtes nicht besser wird und somit von der Politik anders bewertet werden muss. Anstatt Kritik zu üben, seien konstruktive Vorschläge wohl angebrachter. Diese kann er aber von Seiten der FDP nicht erkennen.

KTA Bettels übt Kritik an der Art, wie in diesem Gremium Kritik geübt wird. Es kann nicht sein, dass sämtliche Kritik immer nur an der Verwaltung geübt wird. Alle KTA's sind von den Bürgern und Bürgerinnen gewählt, um in diesem Gremium zu spiegeln, was die Bürger und Bürgerinnen draußen bewegt. Seiner Meinung nach wird alles was nicht läuft, mit der Coronalage entschuldigt. Die Verwaltung schafft am Tage nur 246 Corona-Nachverfolgungen mit 80 Mitarbeitern. Dafür fehlt ihm das Verständnis. Vielleicht würde ja eine bessere Ausstattung und Technologie helfen.

KTA Renner-Köhne spricht aus der Erfahrung des Landes. Sie sei im Kriesenstab des Landes und dort sucht man ständig Personal zur Unterstützung der Gesundheitsämter. Und dort stellt es sich genauso wie hier da, es findet sich langsam kein Personal mehr. Jede Kommune muss ihre eigenen Aufgaben ausführen und braucht dafür ihr Personal. Ist es aber vielleicht doch noch möglich, Personal abzustellen. Ansonsten gibt es auch die Möglichkeit der Zeitarbeitsfirmen.

TOP 9

Sonderregelung für epidemische Lagen - Anwendbarkeit des § 182 Abs. 2 NKomVG

- Vorlage 118/XIX

Beschluss:

Für das Gebiet des Landkreises Hildesheim besteht ein relevantes örtliches Infektionsgeschehen.

Für den Zeitraum vom 01.03.2022 bis 31.05.2022 wird daher die Anwendbarkeit der Regelungen des § 182 Abs. 2 NKomVG beschlossen.

- erledigt -

TOP 9.1:

Sonderregelung für epidemische Lagen -

Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2022

- Antrag 53/XIX

Beschluss:

Für den Zeitraum bis zum 31.03.2022 wird die Anwendbarkeit der Regelung des § 182 Abs. 1 Satz 2 i.V.m. § 182 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und Satz 3 NKomVG für die Einladung und Durchführung von Sitzungen der Vertretung und seiner Ausschüsse beschlossen.

- erledigt -

TOP 10:

Zuwendungen an die Fraktionen nach § 57 Abs. 3 NKomVG

- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2022

- Antrag 30/XIX

- vertagt -

TOP 10.1:

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des Kreistages des Landkreises Hildesheim

- Vorlage 100/XIX

- vertagt -

TOP 10.2:

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des Kreistages des Landkreises Hildesheim (zuletzt geändert durch Beschluss des Kreistages vom 09.12.2021); Bezug: Unser Antrag vom 12.01.2022

- Antrag der CDU-Fraktion vom 16.02.2022

- Antrag 48/XIX

- vertagt –

TOP 11:

Sparkassenzweckverband Hildesheim Goslar Peine;

Änderung der Satzung der Sparkasse Hildesheim Goslar Peine

- Vorlage 84/XIX

Beschluss:

Die Vertreter des Landkreises Hildesheim werden in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Hildesheim Goslar Peine beauftragt, der Vorlage des Sparkassenzweckverbandes Hildesheim Goslar Peine Nr. 01/2022 zuzustimmen.

- einstimmig beschlossen -

TOP 12:

Hildesheimer Pflegekonferenz 2022 und Ergebnisse der letzten örtlichen Pflegekonferenz

- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2022

- Antrag 33/XIX

- vertagt -

TOP 12.1:

Pflegekonferenzen des Landkreises Hildesheim

- Vorlage 120/XIX

- vertagt –

TOP 13:

Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Hildesheim Region mbH

- Vorlage 106/XIX

Beschluss:

Der Landkreis Hildesheim wird im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Hildesheim Region mbH (HI-REG) künftig neben Herrn Landrat Lynack von Herrn Kreisrat Walter Hansen vertreten.

Im Arbeitsausschuss der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Hildesheim Region mbH (HI-REG) wird der Landkreis Hildesheim von der Ersten Kreisrätin Frau Eveline Wißmann vertreten.

- einstimmig beschlossen -

TOP 14:

Trägerversammlung des Jobcenters Hildesheim - Nachbenennung von Stellvertreter*innen

- Vorlage 90/XIX

Beschluss:

Der Kreistag benennt

- Inga Friedhoff, Teamleitung Finanzen, für Herrn Rosemann,
- Maik Hoffmann, Amtsleiter 402 Teilhabe und Rehabilitation, für Herrn Knollmann und
- Claudia Ußkurat-Köhler, stv. Amtsleiterin Recht, für Frau Hammermeister

zu Stellvertreter*innen der kommunalen Mitglieder in der Trägerversammlung des Jobcenters Hildesheim

- einstimmig beschlossen -

TOP 15:

Antrag zum TOP "Bildungsregion Hildesheim"

- Antrag der Gruppe vom 14.02.2022
- Antrag 47/XIX

- vertagt -

TOP 16:

ÖPNV und Schülerbeförderung

- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2022
- Antrag 32/XIX

- erledigt -

TOP 16.1:

Vergünstigte Beförderung von Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden -

Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2022

- Antrag 54/XIX

KTA Prior äußert, dass das Thema hinlänglich im Fach- und Kreisausschuss erörtert wurde. Im Kreisausschuss wurde es als behandelt betrachtet. Er stellt den Beschlussvorschlag vor, begründet diesen und bittet um Zustimmung.

EKR Wißmann erläutert, dass dieser Antrag sich mit der Verwaltungsvorlage überschneidet. Es soll zu Beginn des nächsten Schuljahres ein einheitliches 25,00 € Ticket geben. Es soll noch eine weitere Verwaltungsvorlage geben, mit der dann auf die Politik zugegangen werden wird.

KTA Ludäscher merkt zum Prozedere an, dass die Abstimmung zu schnell erfolgt. Die KTA's an den Bildschirmen können nicht so schnell ihre Stimme abgeben und haben die Befürchtung, dass diese dann nicht mitgezählt wird.

Vorsitzender Brinkmann nimmt die Anmerkung auf und gelobt Besserung.

KTA Schröter-Mallohn regt an, diesen Antrag erneut in den Fachausschuss zur Beratung zu verweisen, da es ja auch neue Erkenntnisse aus der Verwaltung gäbe.

KTA Bettels erläutert sein Bedenken zur gesamten Schülerbeförderung. Denn lt. Haushaltsentwurf werden 16 Mio. € für die Schülerbeförderung und zusätzlich 8 Mio. € für den RVHI ausgegeben. Wenn man das auf den einzelnen Schüler*in umrechnet, kommen da zwischen 7 – 9 € pro Schüler*in heraus. Auch er plädiert für die Rückgabe an den Fachausschuss.

KTA Prior wünscht die Abstimmung darüber, ob der Antrag zurück in die Ausschüsse verwiesen wird oder nicht. Er stimmt der Rücküberweisung an die Ausschüsse zu.

- vertagt -

TOP 17:

Planung berufsbildende Schulen; Walter-Gropius-Schule, Herman-Nohl-Schule und Werner-von-Siemens-Schule -

Antrag der CDU-Fraktion

- Antrag 45/XIX

- vertagt -

TOP 18:

Volkshochschule

- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2022

- Antrag 35/XIX

- Gilt als behandelt -

TOP 18.1:

Volkshochschule Hildesheim Schulungsräume Sarstedt -

Antrag der CDU-Fraktion vom 21.02.2022

- Antrag 51/XIX

- Gilt als behandelt -

TOP 19:

Vision Zero, Gesamtplan Verkehrssicherheit für den Landkreis Hildesheim -

Antrag der CDU-Fraktion vom 03.02.2022

- Antrag 44/XIX

- vertagt -

TOP 19.1:

Vision Zero, Gesamtplan Verkehrssicherheit für den Landkreis Hildesheim -

Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2022

- Antrag 55/XIX

- vertagt -

TOP 20:

Wahl der Kreisjägermeisterin/des Kreisjägermeisters und der Vertretung der Jäger*innen im Jagdbeirat

- Vorlage 88/XIX

Beschluss:

Für die Wahlperiode des am 26.09.2021 gewählten Kreistages des Landkreis Hildesheim werden

Herr Dr. Joachim Algermissen

als Kreisjägermeister

Breite Straße 34, 31177 Harsum

Herr Jürgen Schmidt

als Vertreter der Jäger*innen im Jagdbeirat

Rigaer Straße 2, 31089 Duingen

gewählt.

- einstimmig beschlossen -

TOP 21

Satzung zur Aufhebung der Jagdsteuersatzung für den Landkreis Hildesheim -

Antrag der Fraktion CDU vom 11.01.2022

- Antrag 26/XIX

Beschluss:

Die Jagdsteuersatzung für den Landkreis Hildesheim vom 16. März 1978, zuletzt geändert durch Satzung vom 01. April 2002, wird gemäß der als Anlage beigefügten Satzung aufgehoben.

- mehrheitlich abgelehnt -

TOP 21.1:

Antrag auf Reduzierung der Jagdsteuer

- Antrag der Unabhängigen vom 24.02.2022

- Antrag 52/XIX

KTA Machtens leitet seinen Wortbeitrag mit einem Zitat aus einem Artikel in der HAZ des KTA Preissner ein. Die Hege und Pflege des Reviers und der damit verbundene Naturschutz sei der Jagd eindeutig untergeordnet. Die Landesjägerschaft ist ein anerkannter Naturschutzverband. Zweck dieses Verbandes ist die Förderung der freilebenden Tierwelt sowie des Naturschutzes. Die Jägerschaft im Landkreis Hildesheim ist im Besitz von zwei Infomobilen, mit diesen wird z. B. an Schulen über die Aufgaben der Jäger informiert. Die Jagd hat sich in den letzten Jahrzehnten sehr verändert. Die Jäger übernehmen Aufgaben die einen öffentlich-rechtlichen Charakter haben. Darunter fallen z. B. verunfalltes Fallwild oder die Vorbeugung von drohenden Wildseuchen wie z. B. beim Schwarzwild die ASP. Auch zur Bekämpfung von sich schnell vermehrenden invasiven Arten wie Waschbär und Nutria, werden die Jäger unentgeltlich herangezogen. Auch sind die Jäger präventiv im Landkreis Hildesheim unterwegs. So werden z. B. Reflektoren an den Straßenpfählen angebracht um Wildunfällen vorzubeugen. Die Vorverlegung der Jagdzeiten auf Rehwild hat den Erfolg gebracht, dass die Rehwildunfälle stark zurückgegangen sind. Nach der Aufhebung der Kosten für die Trichinenbeschau bei z. B. Schwarzwild fehlt jetzt der letzte Schritt: Nämlich die Aufhebung der Jagdsteuer.

KTA Stuke erläutert, dass die Leistungen der Jägerschaft unstrittig sind. Das OVG Lüneburg hat in mehreren Urteilen die Gründe für die Jagdsteuer dargelegt. Auf Nachfrage im Kreisausschuss hat die Kreisverwaltung über den Sachverhalt im Landkreis Hildesheim informiert. Im Land Niedersachsen ist es so, dass die Mehrzahl der Landkreise noch immer eine solche Steuer erhebt. Die Erhebung von 20% im Landkreis Hildesheim ist identisch mit z. B. der Region Hannover und dem Landkreis Peine. Somit gibt es im Umfeld des Landkreises Hildesheim gleiche Regelungen. Es sollte gegenüber der Jägerschaft ein Signal gesetzt werden, denn die Jäger unterstützen den Landkreis Hildesheim unentgeltlich in seinen Aufgaben. Er stellt den Antrag der Fraktion nochmals vor und bittet um Zustimmung.

KTA Preissner erklärt, dass seiner Fraktion bis heute keine neuen Erkenntnisse vorliegen, die Anlass geben, von der bisherigen Position abzuweichen. Hier wird von ca. 142.000 € Jagdsteuern gesprochen. Dieser Betrag sei gemessen am Gesamthaushalt zwar klein, hat aber trotzdem seine finanzielle Bedeutung. Der Landkreis Hildesheim erhebt bei 320 Jagdpächtern jährliche Pachterhebungen. Die Zahl der Jäger beläuft sich laut HAZ auf 2500 Jäger, ist aber deutlich höher, da neben dem Kreisjägersverband Hildesheim auch noch der Kreisjägersverband Alfeld im Landkreis ansässig ist. Werden nun gut 4.500 Jäger zugrunde gelegt, so betrifft die wegfallende Steuer nur ein/Vierzehntel der gesamten Jägerschaft, nämlich die Gruppe der 320 Jagdpächter. So rede man hier von einem durchschnittlichen Betrag von 37,10 € im Monat und 445,00 € im Jahr. Diese Kosten können über die Ausgabe von Jagderlaubnisscheinen zum Teil wieder ausgeglichen werden. Auch wird so manches Tier nicht zum Eigenverbrauch erlegt, sondern dann vermarktet. Die Kosten für die Erhebung der Jagdsteuer durch die Verwaltung werden mit einem Aufwand von etwa 10.000 € pro Jahr beziffert. Es ist auch keine Frage, ob die Jägerschaft eine wichtige Rolle spielt. Dies ist unumstritten. Um dies klarzustellen, will der Landkreis einen Beitrag leisten, der entsprechend der erbrachten Leistung für Naturschutz und Öffentlichkeit an die Jägerschaft zurückgegeben werden kann. So ist seit Mitte letzten Jahres die Trichinenschau gebührenfrei. Dies ist besonders bei dem Abschuss von Schwarzwild relevant und betrifft alle Jäger*innen und nicht nur die Jagdpächter.

Hierbei handelt es sich um die Summe von ca. 25.000 € pro Jahr. Vom Land Niedersachsen erhält man darüber hinaus für den Mehrabschuss von Schwarzwild aller Altersklassen 50 € sowie für die Fallwildbeprobung ebenfalls 50 €. Ebenso werden hier die Herausforderungen der Jägerschaft anerkannt. Dazu gehören die Bekämpfung von Nutrias und Waschbären ebenso, wie der Hochwasserschutz. All dies macht deutlich, dass das Thema Jagdsteuer zu kurz gegriffen ist. Die Gruppe will daran arbeiten und mit der Jägerschaft ins Gespräch kommen. Hier ist eine erste Zusammenkunft für Mitte März vereinbart. Dieser Austausch wird ausdrücklich begrüßt, allerdings sei der Ansatz, die Jagdsteuer abzuschaffen oder pauschal zu reduzieren nicht nur aus finanziellen Gründen nicht zielgenau. Daher lehnt die Gruppe beide vorliegenden Anträge ab.

KTA Meyer stimmt in den Grundlagen der Aufgaben einer Jägerschaft seinen Vorrednern zu. Bei den 142.000 € würden noch die 10.000 € Verwaltungsgebühren mit zu bedenken sein. Im Verhältnis zum Gesamthaushalt ist dies ein entwindend geringer Betrag. Die Jagdsteuer abzuschaffen wäre das richtige Zeichen an die Jägerschaft, um deren Arbeit zu würdigen. Er erläutert, dass seine Fraktion den Antrag der CDU unterstützen würde, bei Ablehnung dieses Antrages wäre dann von einer Zustimmung für den Antrag von der Fraktion Die Unabhängigen auszugehen.

KTA Teltemann erläutert, dass er seit Jahrzehnten Vorstand der Jagdgenossenschaft sei. In keinem dieser Jahre habe er erlebt, dass die Jagd so ertragreich gewesen ist, dass es sich über die Pachtzahlungen gelohnt habe. Das Gegenteil sei der Fall. Die Pachteinnahmen seien in Umweltschutzmaßnahmen wieder neu investiert worden. Es wurde z. B. ein Biotop von 7.000 qm² errichtet. Dies entspricht heute mit den Anpflanzungen etwa einem Wert von 70.000 €. In dieser Summe stecken ca. 280 Jahre der Jagdsteuer. In den letzten Jahren wurden immer mehr Biogasanlagen in Betrieb genommen, um auf grüne Energien umzusteigen. Im Zuge dessen ist aber auch der Maisanbau immer mehr geworden und da kommen wieder die Jäger ins Spiel, da sich die Population des Schwarzwildes nach dem Nahrungsangebot richtet. Ferner wird alle drei Jahre ein Abschussplan von den Pächtern vorgelegt. Auf den Versammlungen der Jagdgenossenschaft wird aber regelmäßig berichtet, dass dieser Plan nicht ausgeführt werden konnte, da das Wild hauptsächlich als Fallwild endet und nicht abgeschossen werden kann. Er plädiert für die Abschaffung der Jagdsteuer, um in der Jägerschaft ein Zeichen zu setzen und deren Arbeit entgegenzukommen.

KTA Dr. Jacobs nimmt Bezug auf den Vorredner KTA Preissner. Er versteht, was die Gruppe erreichen möchte, nämlich die Jagdsteuer nicht abzuschaffen. Leider versteht er aber nicht, was die Gruppe denn stattdessen möchte. Es fehlt ein konkretes Modell und konkrete Antworten, wie die Gruppe dieses Thema gestalten möchte. Die Einnahme von 142.000 € ist im Bezug auf den Gesamthaushalt ein Tropfen auf den heißen Stein. Hier geht es darum, ein Symbol an die Jäger auszusenden. Er plädiert auf Zustimmung zum Antrag der CDU-Fraktion.

KTA Bettels nimmt ebenfalls Bezug auf den Vorredner KTA Preissner und erklärt, dass die Jagdsteuer keine Feudalsteuer sei. Er wünscht sich von KTA Preissner, dass er den 4000 Jägern für ihre Arbeit, Hege und Pflege dankt und der Abschaffung der Jagdsteuer zustimmt.

KTA Lüder nimmt Bezug auf den Wortbeitrag des KTA Stuke. Er ist der Meinung, dass der Landkreis Hildesheim nicht vergleichbar sei mit anderen dort genannten Landkreisen wie z. B. Oldenburg und Osnabrück. Der Hildesheimer Landkreis ist ein sehr bewaldeter Landkreis und hat somit andere Voraussetzungen. Für ihn hat die Abschaffung der Jagdsteuer einen Symbolcharakter. An die EKR Frau Wißmann stellt er die Frage: Wer hätte die Möglichkeit die Nutrias zu jagen, wer hätte die rechtliche Grundlage dazu und wer würde die Kosten für diese Bejagung tragen?

Die Antwort der Verwaltung auf diese Frage erfolgt schriftlich und ist als Anlage diesem Protokoll beigefügt.

KTA Gerhardy erläutert, dass das Thema Abschaffung der Jagdsteuer eindeutig im Zusammenhang mit dem Thema Afrikanische Schweinepest steht. Das Thema Afrikanische Schweinepest hat in den letzten drei Jahren erheblich zugenommen. Somit haben auch die Gegenmaßnahmen der Jägerschaft gegen diese Erkrankung zugenommen. Er plädiert ebenfalls zur Abschaffung der Jagdsteuer, um in der Jägerschaft ein Zeichen zu setzen.

KTA Koschorrek erläutert, dass er das Thema gern von der Finanzseite aus betrachten möchte. Der Betrag von 142.000 € ist vor dem Hintergrund des Gesamthaushaltes verschwindend gering. Die Abschaffung der Jagdsteuer ist eine Wertschätzung gegenüber der Jäger*innen für die geleistete Arbeit. Er plädiert eindringlich an die Gruppe, die Jagdsteuer abzuschaffen.

KTA Dr. Fell wirbt für die Zustimmung zum Antrag der CDU-Fraktion. Die Jagdsteuer sei eine Bagatellsteuer. Diese Steuer ist nicht wirtschaftlich und daher abzulehnen. Er stellt die Einnahmen von 142.000 € und die Aufwendungen von 10.000 € mit einem Fragezeichen gegenüber. Er plädiert ebenfalls dafür, die Jagdsteuer abzuschaffen.

KTA Stuke möchte auf die Position der Gruppe eingehen. Er fragt nach, mit welchem Signal sie zur Jägerschaft gehen wollen. Es sollen Gespräche geführt werden, aber mit welchem Inhalt? Er warnt davor, Tatbestände zu schaffen, die wieder zu großen Verwaltungsaufwand führen. Die sinnvolle Entlastung für die Jägerschaft stehe hier im Vordergrund.

KTA Schröter-Mallohn erklärt, dass es ihm sehr schwer fällt zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Er vermisst das gleiche Engagement zum Thema Flüchtlingskriege. Die Abschaffung der Jagdsteuer hat deshalb keine Wirkung, da sie nicht zielgerichtet eingesetzt werden kann. Die Gruppe will, dass sie zielgerichtet eingesetzt wird. Es soll das Gespräch mit den Jägern abgewartet werden.

KTA Prior stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Er stellt den Antrag § 16 Abs. 4 Satz 5 GO auf namentliche Abstimmung.

KTA Brinkmann lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen und verliest die Namen der Abgeordneten und nimmt von jedem einzelnen das Abstimmungsergebnis auf.

Die Liste der namentlichen Abstimmung liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Die Abstimmung über den Antrag der Fraktion der Unabhängigen erfolgt im Anschluss per Handzeichen.

Beschluss:

§ 7 der Jagdsteuersatzung („Höhe der Steuer“) wird mit Wirkung vom 01.04.2022 wie folgt geregelt:

Die Steuer wird jährlich erhoben und beträgt 15 v. H. des Jagdwertes. Beträgt die Steuer weniger als 100 € wird sie nicht erhoben (Bagatellgrenze).

- mehrheitlich abgelehnt –

TOP 22:

Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Senats für Flurbereinigung (Flurbereinigungsgericht) beim Nds. Oberverwaltungsgericht

- Vorlage 113/XIX

Beschluss:

Für die Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Senats für Flurbereinigung beim Niedersächsischen Obergerverwaltungsgericht wird Frau Anne Fuhrberg, Oberdorf 1a, 31185 Söhlde/Bettrum vorgeschlagen.

- einstimmig beschlossen -

TOP 23:

Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Nds. Obergerverwaltungsgericht für die Amtsperiode vom 27.04.2022 bis 26.04.2027

- Vorlage 114/XIX

Beschluss:

Folgende Personen werden für die Wahl zu ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern am Nds. Obergerverwaltungsgericht vorgeschlagen:

1. Andreas Arlt
2. Michael Anders
3. Ines Hoffmann
4. Iris Siekiera
5. Jörg Müller-Witt
6. Holger Schröter-Mallohn
7. Andreas Koschorrek

- einstimmig beschlossen -

TOP 24:

Kunst- und Kulturpreis

- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2022

- Antrag 36/XIX

Beschluss:

Für den jährlich zu vergebenden Kunst- und Kulturpreis des Landkreises Hildesheim, der insbesondere in der Schulen verschiedene Altersgruppen (insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene) und verschiedene Künste anspricht, werden im Haushaltsplan 2022 insgesamt 25.000 € für Preisgelder und 10.000 € für die Organisation zur Verfügung gestellt/eingeplant.

- zurückgezogen -

TOP 25:

Spenden

- erledigt -

TOP 25.1:

Annahme, Einwerbung und Vermittlung von Spenden, Schenkungen u. a. Zuwendungen

- Vorlage 72/XIX

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Annahme der Spenden des Fördervereins Michelsenschule in Höhe von insgesamt 6.993,37 € durch die Michelsenschule zu.

Der Kreistag stimmt der Annahme der Spenden des Vereins alter Hildesheimer Michelsenschüler e. V. in Höhe von insgesamt 2.492,14 € durch die Michelsenschule zu.

Der Kreistag stimmt der Annahme der Spenden des Gemeinschaftswerks des Gymnasium Sarstedt e. V. in Höhe von insgesamt 17.775,50 € durch das Gymnasium Sarstedt zu.

Der Kreistag stimmt der Annahme der Spende der Deutschen Post AG in Höhe von insgesamt 2.160,00 € durch das Gymnasium Sarstedt zu.

Der Kreistag stimmt der Annahme der Spende der Bürgerstiftung Alfeld in Höhe von insgesamt 2.500,00 € durch die Erich Kästner-Schule Alfeld zu.

- einstimmig beschlossen -

TOP 25.2:

Annahme, Einwerbung und Vermittlung von Spenden, Schenkungen u. a. Zuwendungen

- Vorlage 115/XIX

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Annahme der Spenden des Vereins Marienbergsschule aktiv Förderverein e. V. in Höhe von insgesamt 3.132,88 € durch die Marienbergsschule Nordstemmen zu.

- einstimmig beschlossen -

TOP 26:

Mitteilungen der Verwaltung

-keine-

TOP 27:

Anfragen

KTA Machtens stellt die Anfrage nach dem fehlenden Personal im Veterinäramt. Die Arbeit von Frau Dr. Evers und ihren Mitarbeitern*innen ist nicht zu beanstanden. Wenn die Arbeit dort aber am Limit ist, genauso wie im Gesundheitsamt, Routinekontrollen nicht mehr erledigt werden können und auch EU-Verordnungen umzusetzen nicht mehr geleistet werden kann, muss über mehr Personal nachgedacht werden. In einem Artikel der HAZ war zu lesen, dass mindestens drei neue Veterinäre erforderlich wären, um dem Arbeitsaufkommen gerecht zu werden. Wie ist dem in der Zukunft evtl. auftretenden erhöhten Arbeitsaufkommen durch z. B. die Schweinepest entgegenzutreten?

Die zweite Frage betrifft die Paul-Feindt-Stiftung. Aus dem Handelsregistrauszug Handelsregister B geht hervor, dass der ehemalige Landrat Levonen dort immer noch als Geschäftsführer eingetragen ist. Wann erfolgt dort die Änderung?

EKR Wißmann bittet KTA Machtens um schriftliche Formulierung der Fragen, um diese dann schriftlich zu beantworten.

KTA Bettels stellt die Frage, ob die Möglichkeit besteht, die Stellplätze in der Tiefgarage und auf dem Außengelände der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Die Verwaltung antwortet hierauf in schriftlicher Form.

KTA Teltemann findet die Äußerung des KTA Schröter-Mallohn in der Jagdsteuerdiskussion unfair, die Flüchtlingsfrage gegen die Jagdsteuerdiskussion gegeneinander auszuspielen.

KTA Stuke bittet um Aufstellung von Fahrradbügeln im Innenhof des Landkreises als Ergänzung der Frage von KTA Bettels.

KTA Brinkmann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und wünscht allen Anwesenden Gästen einen schönen Abend.

Brinkmann
Vorsitzender

Wißmann
Erste Kreisrätin

Schußmann
Protokollführerin